

## **„Die Deutschland-Blase“ von Olaf Gersemann – eine Rezension**

### Hochmut kommt vor dem Fall

Auch im konservativen Lager scheint die Einsicht zu wachsen, dass der aktuelle Konjunkturabschwung in Deutschland nicht bloß ein vorübergehendes Phänomen ist („Wachstumspause“) oder nur externe Ursachen hat („Verunsicherung durch geopolitische Risiken“ etc.), sondern mit dem gesamtwirtschaftlichen Kurs in Deutschland fundamental etwas nicht stimmt. Selbst ein Springer-Mann kommt jetzt zu dem Schluss, dass sich die angeblich so starke deutsche Volkswirtschaft bei näherer Betrachtung als „Scheinriese“ oder gar Form einer „Blase“ entpuppt. Und dass die Politik dem Publikum bei der Darstellung der ökonomischen Zustände reichlich Sand in die Augen streut.

Nahezu zeitgleich zur Publikation der medial stärker beachteten, von prominenten Empfehlungsadressen aus dem politischen Raum begleiteten „Deutschland-Illusion“ von DIW-Präsident Professor Marcel Fratzscher ist das Buch „Die Deutschland-Blase. Das letzte Hurra einer großen Wirtschaftsnation“ von Olaf Gersemann erschienen. Es kommt unabhängig vom DIW auf Basis eigener Analysen zu ähnlich kritischen Befunden zum Zustand unserer Volkswirtschaft. Das Überraschende daran: Der Autor ist ein eher konservativer Journalist, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der WELT-Gruppe (Die Welt, WamS, Welt digital), früher in Diensten von Wirtschaftswoche und Financial Times Deutschland, ein Träger des Ludwig-Erhard-Förderpreises für Wirtschaftspublizistik und des Quandt-Medienpreises. Gersemann rechnet sich selbst explizit dem „bürgerlichen Lager“ zu, er grenzt sich von der „Gysi-Fraktion der Umverteiler“ (aber ebenso von der „Bund-der Steuerzahler-Fraktion“ der Sparwütigen), er thematisiert auch weder Verteilungsfragen noch Gerechtigkeitslücken, sondern sorgt sich primär um das langfristige Wirtschaftswachstum, den Industriestandort, den freien Handel und den demografischen Wandel, er plädiert für niedrigere Einkommensteuern, einen zumindest teilweise schlankeren Staat, weniger Kündigungsschutz und Strukturreformen in der Bildungs- und Zuwanderungspolitik, er kritisiert die Niedrigzinsen im Euroraum als ungesundes geldpolitisches „Dauerdoping“ und das Rentenpaket der Bundesregierung als Verstoß gegen das fiskalpolitische Prinzip der Tragfähigkeit. Kein Linker also. Gleichwohl teilt er als Volkswirt,

der sich die verfügbaren Zahlen und Daten zu wesentlichen Entwicklungen genauer angeschaut hat und sein Fach offenkundig ernst nimmt, einen erheblichen Teil der Grundsatzkritik am volkswirtschaftlichen Selbstbild und bisherigem Geschäftsmodell der herrschenden Politik von Frau Merkel & Co, die auch im linken Lager vorgebracht wird. Das gilt wie angedeutet nicht durchweg für die Therapie, aber sehr wohl für die Diagnose.

Gersemann erhebt dabei nicht den Anspruch, alle volkswirtschaftlich wichtigen Themen zu durchdringen – Finanz- und Eurokrise oder Energiewende werden nur am Rande erwähnt – oder umfassende Therapievorschläge zu unterbreiten. Er mat sich auch nicht an, bei seinen kritisch-pessimistischen Einschätzungen ganz sichere Prognosen zur weiteren Entwicklung abgeben zu können (häufig spricht er im Konjunktiv: „Es könnte sein...“ und skizziert Szenarien). Stattdessen hat sich sein Buch „auf den Versuch konzentriert, Bereiche auszuleuchten, die in der öffentlichen Debatte zumeist im Dunkeln bleiben“ und „von einer adäquaten Problemanalyse weit entfernt“ sind. Daraus ergab sich genügend Stoff, und Gersemann war ausgesprochen fleißig.

Sein Fazit lautet im Kern, dass Deutschlands gegenwärtige wirtschaftliche Kraft ebenso wie sein ökonomisches Potenzial für die Zukunft von Politik und Öffentlichkeit weit überschätzt werden. Gersemann geht sogar so weit, den Begriff der (Spekulations-) Blase, der üblicherweise auf die andauernde Über- bzw. Fehlbewertung einzelner Vermögenswerte zielt, auf die deutsche Volkswirtschaft insgesamt und d.h. auch auf die Realwirtschaft anzuwenden. Denn es gebe aktuell beängstigend viele Parallelen zu klassischen Spekulationsblasen, die ja stets zuvor mit großen Selbstuberschatzungen einhergingen. Kennzeichnend dafür sei der „neue deutsche Hochmut“ in Europa oder die Behauptung vom deutschen „Wirtschaftswunder 2.0“ – für Gersemann ein Fall von „irrationalen Überschwang“, der schon vielen schweren Krisen voranging und typisch für Entwicklungen ist, wie sie Hyman Minsky beschrieben hat. Die trotz der immer offensichtlicher werdenden volkswirtschaftlichen Probleme weiterhin so positive offizielle Lagebeschreibung wird von Gersemann wie folgt eingeschätzt: „Wenn sich dennoch Selbstzufriedenheit, ja Selbstgefälligkeit in der Wirtschaftspolitik der Ende 2013 gebildeten Großen Koalition widerspiegelt, ist das vor allem ein Produkt falscher Maßstäbe. Wir vergleichen uns mit Ländern die gerade in akuten, umwälzenden

Wirtschaftskrisen stecken, und freuen uns, dass wir dabei gut abschneiden. Wir definieren Beinahe-Stagnation in kräftige Aufschwünge und anhaltende Massenarbeitslosigkeit in nahende Vollbeschäftigung. Wir protzen mit unseren Stärken und blenden unsere Schwächen aus.“

Diese Schwächen werden von in seinem Buch gründlich seziert und recht verständlich und pointiert dargestellt. Man muss seine Ansichten keineswegs alle teilen, man kann manche seiner Schlussfolgerungen bestreiten und kritischen Geistern werden einige seiner Befunde nicht neu sein. Doch sie werden sie selten aus dieser Ecke gehört bzw. gelesen haben. Und Gersemann bereichert die Debatte um viele faktenorientierte Vergleiche der gegenwärtigen Situation mit der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte und den internationalen Zahlen, wodurch deutlich wird, wie sehr die Maßstäbe hierzulande verrückt worden sind. Bemerkenswert ist außerdem, dass er seine Schlussfolgerungen schon eine ganze Weile vor dem aktuellen Konjunkturreinbruch gezogen und gründlich ausgearbeitet hat, als die Mainstream-Darstellungen noch ganz anders aussahen. - Nachfolgend eine Zusammenfassung seiner umfänglichen Befunde zum Zustand der deutschen Volkswirtschaft.

#### Beschäftigungsschwäche („4 Millionen Vergessene“)

Die von der Politik gern benutzte Darstellung vom „robusten“ deutschen Arbeitsmarkt oder gar das vermeintliche „Jobwunder“ sind bei näherer Betrachtung nur „ein Arrangement mit der (keineswegs besiegten) Massenarbeitslosigkeit“. Zwar ist in den „Nullerjahren“ nach 2000 der Trend zu immer höheren Arbeitslosenzahlen abgebrochen, im großen Krisenjahr 2009 war der temporäre Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 3,4 Millionen moderater als erwartet und danach gab es erneut einen spürbaren Rückgang auf eine Arbeitslosenzahl von knapp unter 3 Millionen bzw. eine Quote, die derzeit im europäischen Vergleich relativ niedrig erscheint. Doch Vollbeschäftigung im Sinne von „Arbeit für alle, die arbeiten wollen“ ist etwas anderes. Massenarbeitslosigkeit besteht fort, nur auf einem etwas geringeren Level als zu den Spitzenzeiten. Um die Maßstäbe zurechtzurücken, erinnert Gersemann an das vor allem mit der hohen Arbeitslosigkeit begründete Ende der sozialliberalen Koalition. Im Lambsdorff-Papier von 1982 wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik auf 1,8 Millionen als nicht hinnehmbar und die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe der Zukunft proklamiert – wofür die FDP dann den Regierungswechsel einleitete, und der neue Kanzler Kohl sogleich von Krisengipfel zu Krisengipfel eilte. Heute sind in Westdeutschland 2,1 Millionen Menschen arbeitslos, und weitere 0,9 Millionen in Ostdeutschland. Aber Krisengipfel finden längst nicht mehr statt. Der Sachverständigenrat Wirtschaft hatte schon 1977 bei einer Arbeitslosenquote von 4% (in Erinnerung an die Quote von weniger als 1% im Jahr 1970) „Vollbeschäftigung (als) immer noch fernes Ziel“ bezeichnet (und, worauf Gersemann hier nicht hinweist, damit seinen Schwenk zur Angebotspolitik begründete, die seither in Deutschland „mainstream“ ist); heute wird bei einer Arbeitslosenquote von 6,9% die gute Beschäftigungslage gepriesen und eine angeblich nahende Vollbeschäftigung beschworen. Und die tatsächliche Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt auch nicht wie offiziell verkündet bei knapp 3 Millionen, sondern bei 4 Millionen, wie Gersemann ausführt. Denn etwa eine Million registrierter Arbeitsloser wird von der BfA lediglich zur sogenannten „Unterbeschäftigung“ gezählt, weil sie sich in Qualifizierungs-, Trainings oder Reha-Maßnahmen befinden, krank gemeldet sind oder schon der Vorruhestandsphase zugeordnet werden und darum statistisch nicht der Vermittlung zur Verfügung stehen. Deshalb ist das einschlägige Buchkapitel übertitelt mit „Vier Millionen Vergessene“. Tatsächlich ist das Ausmaß der Unterbeschäftigung noch größer, denn die sog. versteckte, nicht-registrierte Arbeitslosigkeit ist dabei gar nicht erfasst. Übrigens identifizierte der Sachverständigenrat 1977 auch schon eine Reihe von besonderen Problemen und Problemgruppen am Arbeitsmarkt, die es heute alle noch gibt. So hält sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen hartnäckig bei gut einer Million.

Gersemann weist auch darauf hin, dass die Rekordstände bei der Zahl der Erwerbstätigen keineswegs mit einem deutlich gestiegen Arbeitsvolumen einhergehen. Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist der Trend vielmehr rückläufig. Es wird nicht immer mehr gearbeitet in Deutschland, sondern die Arbeit ist anders und d.h. insbesondere durch den Boom der Teilzeitjobs auf mehr Köpfe verteilt worden. Die Pro-Kopf-Arbeitszeit in Deutschland ist dadurch im volkswirtschaftlichen Durchschnitt (2012: 1.397 Stunden im Jahr) geringer als in fast allen anderen Industrieländern. Er nennt einige Vergleichszahlen (USA: 1.790 Stunden, Spanien: 1.686 Stunden, Österreich: 1.699 Stunden, Schweiz: 1.636 Stunden). Das ist

zum Teil durchaus wünschenswert, sofern es auf freiwilligen individuellen Entscheidungen zur Arbeitszeitverkürzung beruht. Es darf aber nicht mit Mehr- oder gar Vollbeschäftigung verwechselt werden. Hohe Arbeitslosigkeit besteht fort. Gersemanns Resümee:

„Massenarbeitslosigkeit ist ein Skandal. Und dass sie nicht mehr als solcher behandelt wird, ist auch einer.“

### Wachstumsschwäche („Japan des Westens“)

Trotz der anhaltenden Wachstumsrhetorik in offiziellen politischen Verlautbarungen bis hin zu der Überhöhung der deutschen Volkswirtschaft als „Kraftwerk“ oder „Wachstumslokomotive Europas“ kann, wie Gersemann nüchtern feststellt, seit längerem von einem dynamischen Wirtschaftswachstum in Deutschland nicht die Rede sein. Durch den beschränkten Vergleich mit den Krisenländern in Europa würde die Messlatte zu niedrig gelegt, ein sogenannter „self-service bias“. Im internationalen Vergleich zeichnen die Zahlen nämlich ein ganz anderes Bild: Deutschland leidet seit 20 Jahren unter eklatanter Wachstumsschwäche und hat sich gewissermaßen zum „Japan des Westens“ entwickelt. Im Zeitraum 1993-2013 gehörte Deutschland mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 1,29% nach Angaben des IWF weltweit zu den 12 wachstumsschwächsten Ländern noch hinter Burundi und Tonga mit 1,30% (das globale Schlusslicht ist übrigens die Ukraine). Damit lag Deutschland zwar vor dem seit den 1990er Jahren anämisch wachstumsschwachen Japan (0,8%) und auch vor Griechenland (1,1%), Portugal (1,2%) oder Italien (0,7%), aber z.B. deutlich hinter Finnland und Großbritannien (je 2,4%), Österreich und den Niederlanden (je 1,9%) und auch hinter Frankreich, Schweden, Polen, Irland oder Island - von außereuropäischen Vergleichen ganz abgesehen. Übrigens lag Deutschland auch nur in 11 der betrachteten 21 Jahre vor Japan, zehnmal dagegen hinter ihm. Selbst wenn man den Betrachtungszeitraum auf die Zeit ab 2005, dem Beginn der Regierung Merkel und dem Wirksamwerden der Agenda-Reformen, einengt, liegt die deutsche Wachstumsrate mit 1,4% nur leicht über dem langjährigen Mittel und stellt im internationalen Vergleich weiter eine relativ schwache Entwicklung dar. Dass eine Wachstumsprognose von 1,8 % für das aktuelle Jahr noch vor kurzem als „kräftiger Aufschwung“ galt (inzwischen ist diese Prognose allerdings Makulatur), sei ebenfalls nur mit einem verzerrten Maßstab zu erklären.

Der IWF etwa geht in seiner 5-Jahres-Prognose vom Frühjahr 2014 für das Wirtschaftswachstum in Deutschland von durchschnittlich 1,4% aus, was im internationalen Vergleich exakt dem Platz 174 unter 187 einbezogenen Ländern entspricht. Offenbar befinde sich Deutschland in Anlehnung an einen Buchtitel des US-Nobelpreisträgers Paul Krugman im Zeitalter der geschwundenen Erwartungen („The Age of Diminished Expectations“).

Gersemann greift auch den Einwand auf, dass es zur Sicherung des Wohlstands nicht auf die Wachstumsrate der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, sondern auf die Pro-Kopf-Werte ankomme, erst recht in einer tendenziell schrumpfenden und alternden Gesellschaft. Das sei zwar richtig, doch mache es die Sache keineswegs besser. Denn auch pro Kopf wächst die Wirtschaftsleistung in Deutschland erheblich langsamer als in den meisten anderen Ländern. Ein signifikante Beispiel: 1993 lag das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland noch 10% über dem in Schweden, heute liegt es 3% darunter. Auch Irland, das frühere „Armenhaus“ Westeuropas, hat Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen überholt, und es hat in den letzten Jahren trotz der schweren Krise gleichauf gelegen.

Nicht gelten als Erklärung für die Wachstumsschwäche Deutschlands lässt Gersemann die Folgen der deutschen Einheit. Ostdeutschland habe keineswegs schlechtere Chancen gehabt, sich zu einem ähnlich dynamischen Wirtschaftsraum zu entwickeln wie z.B. Polen. Nicht die deutsche Einheit als solche, sondern das in der öffentlichen Debatte verdrängte wirtschaftspolitische Missmanagement habe diese Chancen von Anfang an beeinträchtigt – vom zu hohen Wechselkurs der Ost-Mark über die abrupte Lohnangleichung bis zu einer fehlgeleiteten Investitionsförderung, was zusammen zu der bis heute nicht völlig kompensierten Deindustrialisierung der neuen Bundesländer geführt habe. (Wiederum nicht erwähnt wird von Gersemann, dass dies von einigen Politikern und Ökonomen vor 25 Jahren durchaus vorausgesagt wurde.) Auch das seither im vereinten Deutschland erreichte - im internationalen Vergleich ebenfalls nur mäßige - Wirtschaftswachstum einschließlich des kräftigeren konjunkturellen Aufschwungs 2005 bis 2007 könne nicht auf eine besonders weitsichtige Wirtschaftspolitik oder speziell die Agenda-Reformen zurückgeführt werden. Gersemann sieht die Hauptursache bei günstigen, ja sogar „extrem günstigen Umständen“ im internationalen Umfeld für eine traditionell exportorientierte Volkswirtschaft wie die

deutsche. Dazu gehören der Wachstumsschub der Entwicklungs- und Schwellenländer, allen voran der von China, das zwischen 2004 und 2007 seine Höchstmarken beim Wirtschaftswachstum erzielte. Hinzu kam eine historisch selten günstige Konstellation („sechs Richtige mit Superzahl“) aus friedlicher Auflösung früherer Wirtschaftsblöcke, europäischer Integration, internationaler Handelsliberalisierung und technologischer Globalisierung. Obendrein gab es in diesem Zeitraum eine „Sonderkonjunktur für die deutschen Exporte“ durch die zinsdämpfenden Effekte im Euroraum nach dem Start der Europäischen Währungsunion und beinahe zeitgleich der lockeren Geldpolitik in den USA infolge von „Dot-ComCrash“ und „9/11-Schock“. Dies wiederum verleitete viele wichtige Handelspartner Deutschlands auch zur Inkaufnahme steigender Leistungsbilanzdefizite, von denen sie dann nur noch schwer loskamen, ebenso wenig wie Deutschland sich von seinen anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüssen verabschiedet. Dies fällt bei Gersemann unter die Überschrift „Schunkeln mit Trunkenen“. Er führt diverse Gründe und Tendenzen an, weshalb sich all dies so nicht wiederholen wird, und zieht eine klare Schlussfolgerung daraus: Der Export wird auf Dauer kein Wachstumsmotor mehr wie in der jüngeren Vergangenheit sein. Also muss das Wachstum künftig aus der Binnenwirtschaft kommen, oder Stagnation wird der neue Normalzustand.

Gersemann warnt vor diesem Hintergrund aber an verschiedenen Stellen davor, sich mit einem schwachen Wachstum auf Dauer abzufinden oder gar „Nullwachstum“ zum Ziel zu erheben oder noch einen Schritt weiter zu gehen wie etwa die Grünen und generell eine „Kultur des Weniger“ zu empfehlen. Dies würden unsere Sozialsysteme nicht verkraften. Haushaltskonsolidierung würde unmöglich, und die heute schon durch die Sparwut bedingten Defizite in Infrastruktur, Bildung oder Gesundheitsversorgung noch vergrößert. Die Arbeitsmarktproblematik würde verschärft, das Armutsrisiko ebenso. Auch wenn in unserer modernen Gesellschaft die Grundbedürfnisse aller Bürger gedeckt werden können, seien Einkommen und Vermögen für die Mehrzahl nicht so hoch, dass sich alle Bio-Lebensmittel leisten oder für die großen Lebensrisiken privat genügend vorsorgen, geschweige denn ihre Lebensträume finanziell verwirklichen könnten. „Genug“ oder „Weniger“ mögen betuchtere Zeitgenossen als Maxime für sich selber aufstellen, doch nicht pauschal für die Allgemeinheit. Schon gar nicht für das gute Fünftel der Bevölkerung

an der Armutsgrenze: 17 Millionen Menschen in Deutschland lebten in einem Haushalt mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro pro Monat, 5 Millionen davon mit weniger als 900 Euro. Und jeder Dritte Deutsche sage von sich, er könne sich keine unerwarteten größeren Anschaffungen leisten. Ohne Wirtschaftswachstum sieht Gersemann aber wenig Chancen für sozialen Fortschritt. Er rechnet u. a. vor, dass ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr binnen 10 Jahren mehr als 300 Mrd. € an zusätzlicher Wirtschaftsleistung bedeutet – wie viele dringende Probleme könnten damit gelöst, wie viele Bedürfnisse zusätzlich befriedigt werden! Grüner Kritik am umweltbelastenden quantitativen Wachstum hält er das Erfordernis entgegen, für umweltschutzorientierte Investitionen genügende Finanzierungsmöglichkeiten zu haben. Außerdem würden die Möglichkeiten *qualitativen* Wachstums verkannt. Wachstum bedeute nicht zwangsläufig mehr Ressourcenverbrauch und Emissionen, sondern mehr Wertschöpfung, die z.B. auch durch mehr Energieeffizienz, mehr FuE und mehr spezifische Dienstleistungen erzeugt werden kann.

#### Produktivitätsschwäche („Erlahmender Produktivitätsfortschritt“)

Gersemann analysiert nüchtern, dass sich die gesamtwirtschaftliche Leistung jeder Volkswirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), rechnerisch darstellen lässt als Produkt aus Arbeitseinsatz und Arbeitsproduktivität. Wenn Wirtschaftswachstum hervorgebracht werden soll, muss der eine Faktor steigen oder der andere. Entscheidend für das volkswirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen und den Lebensstandard ist jedoch der Faktor Produktivität. Dass die Deutschen heute wohlhabender sind als die Menschen in vielen anderen Ländern und reicher sind als ihre Eltern- und alle vorangegangenen Generationen liegt das nicht an ihrer größeren Zahl oder ihrem größeren Fleiß, sondern schlicht und einfach an der größeren Produktivität. Wenn das verfügbare Arbeitsvolumen sinkt, was für Deutschland aus demografischen Gründen in einigen Jahren zu erwarten sei, so Gersemann, bleibt die Produktivität zugleich die einzige Quelle des Wachstums. Der Produktivitätsfortschritt (und nicht etwa die politisch viel beschworene internationale Wettbewerbsfähigkeit) ist deshalb maßgeblich für Wirtschaftskraft und Wohlstandssteigerungen.

Da das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den letzten 20 Jahren eher bescheiden ausgefallen ist (s.o.), der Arbeitseinsatz gemessen an der

Erwerbstätigenzahl aber in der jüngeren Vergangenheit zugenommen hat, ergibt sich indes, dass es neben der Wachstumsschwäche auch ein Problem mit der Arbeitsproduktivität in Deutschland geben muss. Oder umgekehrt gefragt – eine Frage, der die deutsche Politik bisher tunlichst ausweicht: Warum ist das Wachstum so gering, obwohl doch immer mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden? Gersemann hat sich die Zahlen dazu genauer angeschaut und festgestellt, dass der Fortschritt der Produktivität in Deutschland schon seit längerer Zeit immer mehr abnimmt und in letzter Zeit geradezu erlahmt ist. Dies findet er ebenso besorgniserregend wie erstaunlich, weil nämlich „ein wesentlicher Bestimmungsfaktor, der technische Fortschritt, keineswegs zum Erliegen gekommen ist“. Während das jährliche Produktivitätswachstum in den 1950er und 1960er Jahren in Westdeutschland durchschnittlich bei fast 5% lag und noch in den 1970er Jahren mit 4,1% relativ hoch blieb, gab es in den 1980er Jahren dann einen kräftigen Rutsch nach unten, eine annähernde Halbierung auf 2,1%. In den 1990er Jahren wäre im wiedervereinigten Deutschland mit dem großen Nachholbedarf im Osten eigentlich ein deutlicher Zuwachs der Produktivität zu erwarten gewesen. Doch der blieb aus, heraus kam lediglich ein ganz kleiner Zuwachs auf 2,2% pro Jahr. Noch weiter abgeschwächt hat es sich das jährliche Produktivitätswachstum seit dem Jahr 2000 mit durchschnittlich nur noch 1,2%. Im vermeintlichen „Wirtschaftswunder“ seit 2005 waren es bloß noch magere 0,9% pro Jahr. (Und 2013, so kann man ergänzen, waren es gerade mal 0,3% auf Basis der Arbeitsstunden und sogar -0,1% auf Basis der Zahl der Erwerbstätigen – auch eine zentrale Zahl, die bisher im Dunkel blieb). Zwar gibt es ähnliche Tendenzen auch in anderen Industrieländern, doch hat Deutschland beim konkreten Vergleich wiederum mit Japan seit Jahren die rote Laterne. Diese wird es wohl behalten, denn nach aktuellen OECD-Prognosen werden für alle anderen (!) OECD-Länder langfristig höhere Produktivitätswachstumsraten vorausgesagt.

Daher müsste in Deutschland schon ein echtes „Produktivitätswunder“ geschehen. Bei Gersemann werden jedoch zwei Sachverhalte beleuchtet, die gegen eine Trendwende bei der Produktivitätsentwicklung sprechen: Zum einen die Defizite im deutschen Bildungssektor, zum anderen die in Deutschland teilweise verschlafene „digitale Revolution“. Im Grundschulbereich gab es zwar nach dem „Pisa-Schock“ vielfältige Anstrengungen und 2013 dann ein deutlich besseres Ergebnis im OECD-

Vergleich, das von der deutschen Politik sehr bejubelt worden ist. Das trifft jedoch auch auf andere Länder zu wie etwa Polen, das Deutschland überholt hat, ohne dass hierzulande auch nur die Frage gestellt wird, was man von anderen Ländern ggf. lernen könnte. Sofern man derartigen Bildungs-Rankings Aussagekraft zumisst, hätte die Nation sodann erschüttert sein müssen, wie mäßig Deutschland bei PIACC, dem PISA für Erwachsene abgeschnitten hat. Das Leseverständnis deutscher Erwachsener lag deutlich unter dem internationalen Durchschnitt und die Kenntnisse zur Alltagsmathematik waren nur mittelmäßig. Eine beträchtliche Minderheit der deutschen Erwachsenen (18-19%, also fast ein Fünftel) kam über das Mindestniveau nicht hinaus. Einen öffentlichen Aufschrei und eine intensive bildungspolitische Debatte gab es diesbezüglich aber nicht. Gleichzeitig war die ermittelte Bildungskluft zwischen „jung“ und „alt“ so groß wie in kaum einem anderen Industrieland. Gersemann schließt daraus, dass wir inzwischen unseren Nachwuchs leidlich gut ausbilden, ihn danach aber bildungsmäßig allein lassen. Große Mängel gerade bei der Weiterbildung in Deutschland zeigen sich z.B. auch daran, die Zahl der Berufstätigen die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, klar unter dem EU-Durchschnitt liegt. Gersemann stellt auch die Frage, ob das angeblich so vorbildliche deutsche System der dualen Berufsausbildung wirklich zukunftstauglich ist, denn es vermittelt gerade am Beginn des Berufswegs eine mittlere Qualifikation für fest umrissene Berufsbilder, die möglicherweise künftig zu wenig Spezialisten auf bestimmten Fachgebieten hervorbringt, aber gleichzeitig auch zu wenig Generalisten, die sich flexibler auf andere Arbeitsgebiete umorientieren können. Darüber gibt es ebenfalls keine Debatte. Auch im Bereich der Hochschulbildung schneidet Deutschland bei internationalen Vergleichen allenfalls mäßig ab. Nur drei deutsche Hochschulen finden sich im World University Ranking der 100 besten Universitäten, die angebliche „Exzellenzinitiative“ zur Förderung von 39 deutschen „Spitzenuniversitäten“ liefert im Vergleich zur finanziellen Ausstattung der weltweit führenden Universitäten nicht viel mehr als Kosmetik (2,7 Mrd. € für 5 Jahre, also rd. 14 Mio. € pro geförderter Universität im Jahr). Zwar liegt der BIP-Anteil der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland leicht über dem EU-Durchschnitt, der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben dagegen darunter. So weit Bildungsstandards an Zahlen gemessen werden können, steht die „Bildungsrepublik“ Deutschland im internationalen Vergleich demnach keineswegs gut da.

Gleichzeitig haben in Deutschland heute nur 20% der jungen Erwachsenen einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern, während es im OECD-Durchschnitt 37% sind, was die Selektivität des deutschen Bildungssystems belegt. Nicht besser sieht es im Hinblick auf die „digitale Revolution“ aus, die nicht nur auf die Industrie beschränkt bleiben wird, sondern technologisch längst auch den Dienstleistungssektor erfasst hat und hier enorme Sprünge der Produktivität verspricht, aber eben auch enorme strukturelle Veränderungen mit sich bringt. Manche der heute etablierten Berufsbilder dürften umgewälzt werden oder verschwinden, so wie einst die Weber und andere alte Berufe von der Industrialisierung verdrängt worden sind. Dafür erschließen sich durch die neuen IK-Technologien ganz neue Beschäftigungsmöglichkeiten, Verfahrensweisen und Marktchancen. Doch darauf sind in Deutschland nicht nur die qualifikatorischen Voraussetzungen schlechter als anderswo. So ist der Anteil der Bürger mit mittleren bis guten Computerkenntnissen nach Erhebungen von Eurostat in Deutschland geringer als im EU-Durchschnitt und niedriger als in allen anderen westeuropäischen Ländern. Das gilt sogar für die Gruppe der jungen Erwachsenen. Der Zugang deutscher Haushalte zu schnellen Internetverbindungen ist so niedrig wie in wenigen anderen Industrieländern. Die Bundeskanzlerin hat das Internet noch im Jahr 2013 als „Neuland“ betrachtet. Von 250 führenden Unternehmen des global boomenden IKT-Sektors stammen gerade mal 6 aus Deutschland. Unternehmen zu gründen ist hierzulande ohnehin besonders schwierig und innovative Unternehmensgründungen, die Weltrang erreichen wie SAP, hat es schon lange nicht mehr in Deutschland gegeben. Für Gersemann ist das ein Beleg dafür, dass die seit der industriellen Revolution - trotz aller Rückschläge bis hin zu Weltkriegen - in Deutschland gängige historische Erfahrung eines Zuwachses an Wohlstand in jeder Generation durch Teilhabe an höherer Produktivität bald hinfällig werden könnte.

#### Investitionsschwäche („Das zurückgebaute Land“)

Eine ganz zentrale Ursache für die deutsche Produktivitätsschwäche liegt laut Gersemann auf der Hand, die deutsche Investitionsschwäche. Investitionen in Sach- und Humankapital sind ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Produktivitätsentwicklung. Wenn es daran hapert, hapert es (bald) auch an der Produktivität. Und nicht nur das: Investitionen von heute sind das Wirtschaftswachstum von morgen. Investitionen sind

stets die Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze entstehen („Erweiterungsinvestitionen“), dass Arbeitsplätze erhalten bleiben („Ersatzinvestitionen“) und dass Arbeitsplätze aufgewertet werden („Rationalisierungsinvestitionen“). Zugleich haben öffentliche Infrastrukturinvestitionen in Verkehrswege, aber auch in Verwaltung, Justiz, Polizei, Schulwesen oder Müllabfuhr den Charakter notwendiger Vorleistungen für private Investitionen. Ein funktionierendes Gemeinwesen ist Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft. Wie also steht es um die Investitionstätigkeit in Deutschland? Zum Teil dramatisch schlecht. Die Verkehrsinfrastruktur, lange Zeit ein Stolz der Nation, vergreist und verrottet, so Gersemann, und nennt nicht nur Einzelbeispiele. Fast zwei Drittel der Unternehmen hierzulande sehen sich laut Befragungen inzwischen durch Mängel im Straßennetz in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Die offizielle Kommission zur Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sieht eine Investitionslücke allein im Verkehrsbereich von über 7 Mrd. € pro Jahr, während die Große Koalition hierfür eine Aufstockung der Investitionen von 5 Mrd. € in der gesamten Legislaturperiode eingeplant hat. Mehr als die Hälfte der Kommunen in Deutschland attestiert einen Investitionsrückstand bei Schulen und Bildungseinrichtungen, Verwaltungsgebäuden, Sportstätten oder Anlagen der Abfallwirtschaft, der auf insgesamt ca. 118 Mrd. € geschätzt wird. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen des deutschen Staates am BIP lag seit dem Jahr 2000 mit 1,4% bis 1,8% im EU-Vergleich stets im untersten Bereich. Ganz krass ist das Bild der öffentlichen Nettoanlageinvestitionen, bei denen die Bruttoanlageinvestitionen um die Abschreibungen aus Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten bereinigt worden sind. So liegen die Nettoanlageinvestitionen der öffentlichen Hand seit 2003 permanent im Minus, dies selbst in den Jahren der Konjunkturprogramme im Zuge der Finanzkrise. Oder anders gesagt: Der deutsche Staat lebt schon seit einer Dekade von der Substanz.

Man könnte auch von bewusstem „Rückbau“ der öffentlichen Infrastruktur sprechen, so Gersemann, was eventuell gar nicht so schlimm wäre, wenn auch die Einwohnerzahl sinken würde. Das ist aber (noch) gar nicht der Fall, d.h. unsere Infrastruktur schrumpft, ehe die Bevölkerung schrumpft. Somit wird die infrastrukturelle Versorgung gerechnet je Bürger eindeutig schlechter. Dass dies von der Politik und auch vom Sachverständigenrat Wirtschaft (noch) abgestritten oder abzuwehren versucht wird, veranlasst

Gersemann diesbezüglich von einer „großen Koalition der Leugner“ zu sprechen. Er stellt zudem die These auf: Wenn heute in einer Zeit der Niedrigstzinsen vom Staat kein Geld für die Behebung der öffentlichen Investitionsmängel aufgebracht wird, dann wird es in 10-20 Jahren bei tendenziell steigenden fiskalischen Belastungen und noch größeren Investitionsrückständen auch nicht geschehen. Doch wie sieht dann unsere Infrastruktur aus, wer trägt dafür die Verantwortung?

Als fadenscheinig sieht Gersemann Thesen des Bundesfinanzministeriums an, wonach die Investitionsquoten in „reifen Volkswirtschaften“ generell zurückgehen, in Deutschland eine Normalisierung nach der deutschen Einheit eingetreten wäre, die Höhe von öffentlichen Investitionen nichts über deren Wachstumseffekt besage (weil es ja auch mancherlei Fehlplanungen gebe) und die Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Investitionen international uneinheitlich sei, was z.B. bei Privatisierungen das Bild verzerre. Der Blick auf die Zahlen zeige zwar, so Gersemann, dass die Investitionsquoten in der industrialisierten Welt tatsächlich seit Jahrzehnten zurückgehen. Doch bis in die 1980er Jahre lag Deutschland im internationalen Vergleich noch über dem Durchschnitt. Nach einem temporären Anstieg im Zuge der Wiedervereinigung bis 1994 lag es jedoch darunter, und seit ungefähr 2000 liegt die deutsche Investitionsquote sehr deutlich unter dem OECD-Durchschnitt, ab 2010 ist sie noch weiter abgerutscht. Wenn gelegentlich öffentliche Mittel etwa für „Prunksucht“ von Politikern verschwendet würden, mache dies die Sache ja keineswegs besser bzw. verringere nicht das Defizit an sachgerechten Investitionen. Schließlich kann der Hinweis auf die Abgrenzungsproblematik zu privaten Investitionen nicht überzeugen, denn diese sind in Deutschland ebenfalls seit Jahren im Abwärtstrend. Lag der BIP-Anteil der privaten (Brutto-)Anlageinvestitionen 1991 noch bei 21% , so waren es 2013 nur noch 15%. In der Nettorechnung war es ein Rückgang von rd. 9% auf inzwischen unter 2%. Ein Wert, den Gersemann für mehr als besorgniserregend ansieht.

Politische ad hoc-Erklärungen für die Schwäche (auch) der privaten Investitionen wie die Konjunkturprobleme 2012 und 2013 (und wie man ergänzen kann: 2014) im Zusammenhang mit der Euro-Krise oder die hohen deutschen Strompreise lässt Gersemann nicht gelten. Denn hier sei ein längerfristiger Trend zu beobachten, dessen Folge ist, dass auch der

Kapitalstock der wegen ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit viel gepriesenen deutschen Industrie, der in den 1990er Jahren ungeachtet der damaligen Standortdebatte noch konstant geblieben war, seit 2000 um 7% geschrumpft ist. Die deutsche Industrie desinvestiert am Standort Deutschland, und zwar nicht nur die besonders energieintensiven Industriebranchen. Nur 3 der 13 Branchengruppen des Verarbeitenden Gewerbes, nämlich die Automobilindustrie, die Pharmaindustrie und die Elektronikindustrie haben seit 2000 ihren Kapitalstock in Deutschland erweitert, die übrigen 10 dagegen verringert, vom Maschinenbau und der Chemischen Industrie über die Metall- und die Kunststoffindustrie bis hin zu Nahrungsmitteln und der Energiewirtschaft. Dieser Trend gilt nicht nur für die Mehrzahl der industriellen Sektoren, sondern durchzieht alle Größenklassen. Von den 30 großen deutschen DAX-Konzernen haben 22 mittlerweile mehr Beschäftigte im Ausland als im Inland. Auch der für Deutschland so prägende industrielle Mittelstand investiert immer weniger.

Dieser tendenzielle Niedergang der industriellen Investitionstätigkeit galt schon vor 2005, hat sich seither aber fortgesetzt. Die gestiegenen Strom- und Energiekosten mögen den Trend verstärken, können aber nicht der eigentliche Auslöser sein. Auch an den seit Jahren stagnierenden Reallöhnen bzw. rückläufigen Lohnstückkosten kann es nicht liegen, an zu hohen Zinsen erst recht nicht und an den längst gesunkenen Steuerlasten der Unternehmen auch nicht, so Gersemann,. Ihm fehlt allerdings eine schlüssige Erklärung. Er sieht sie pauschal in zu den geringen Wachstumsperspektiven in Deutschland und „vielleicht“ im demografischen Wandel, der einen Mangel an Arbeits- und Fachkräften in der Zukunft erwarten lasse – wenn dem nicht durch Zuwanderung gegensteuert werde.

### Strukturschwäche („Wir Billigheimer“ und Autonarren)

Zu allem Überdross macht Gersemann in seiner volkswirtschaftlichen Diagnose noch eine eklatante Strukturschwäche aus.

So sei die Exportstärke bzw. die hohen Exportüberschüsse, auf die so viele Deutsche bis hin zur Bundeskanzlerin so stolz sind („Exportweltmeister“), ein Verstoß gegen das Gebot des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und Folge vor allem einer internen Abwertung durch übermäßige Lohnzurückhaltung, die zu Lasten der Binnennachfrage gegangen ist. Er

zitiert als Kronzeugen für diese kritische Einschätzung nicht etwa einen Keynesianer, sondern Prof. Herbert Giersch, den früheren „Nestor der ökonomischen Politikberatung“ und „bürgerlichen Mahner“ (später Vordenker der deutschen Angebotspolitik), der schon 1969 davor warnte, die „Exportoffensive zu einer Art Ersatznationalismus“ zu stilisieren. Denn sie bedeute nichts anderes als dass „(wir) gemessen an den Importpreisen, unsere Erzeugnisse zu billig an das Ausland ab(geben); deshalb reißt man uns die Waren aus der Hand, und deshalb sind die Ausländer bei und nicht konkurrenzfähig.“ Dies sei eine Politik, die einseitig die Unternehmen und Kapitaleigner begünstige, und den Arbeitnehmern schade, so Giersch! „Das ist nicht soziale Symmetrie, sondern soziale Gaukelei.“

Gersemann räumt ein, dass auch die traditionelle Exportorientierung in Deutschland, die technologische Kompetenz deutscher Unternehmen in vielen Sektoren und eine gute Unternehmensführung in Zeiten der Globalisierung eine gewisse Rolle für die Exportstärke spielen können. Doch das erkläre nicht, warum die deutsche Exportquote (Anteil der Exporte am BIP) seit Mitte der 1990er Jahre und dann verstärkt seit etwa 2000 geradezu explodiert und auf über 50% angeschwollen ist – 1970 lag sie noch unter 20%. Offensichtlich sei demgegenüber, dass seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland eine lange Phase der „Lohnmäßigung“ eingesetzt hat. Die Hartz-Gesetze haben später den Druck in Richtung Niedriglöhne noch verstärkt. Die Nominallohne stiegen langsamer als die Preise und die Reallöhne gingen bei gleichzeitig schwächer gewordenem Produktivitätsfortschritt sogar zurück. Sie liegen 2013 noch immer unter dem Niveau von 1995. Entsprechend stark sind die Lohnstückkosten der deutschen Unternehmen gesunken, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich durch die billige Arbeit massiv erhöht („Wir Billigheimer“). Das sei der „Hauptgrund des deutschen Exporterfolgs“. Davon hätten auch die Unternehmen profitiert, die selber höhere Löhne zahlen, aber auf im Rahmen ihrer Vorproduktion und „Wertschöpfungsketten“ auf die niedrigen Arbeitskosten anderer Sektoren z.B. im Dienstleistungsbereich zurückgreifen können. Genau diese Entwicklung habe gleichzeitig die Krise im Euroraum mithervorgerufen und verschärft. Dies werde auch von internationaler Seite zunehmend kritisiert, stoße aber bei den deutschen politischen und wirtschaftlichen Eliten auf Abwehrreflexe („Unser Export hilft Europa“). Dabei gilt die Kritik gar nicht den deutschen Exporten, sondern den hohen Exportüberschüssen. Oder anders gesagt:

Deutschland importiert zu wenig importiert, gerade aus den Krisenländern Europas. Wenn diese wieder wettbewerbsfähig werden sollen, wie es ja das erklärte Ziel der deutschen Europapolitik ist, muss Deutschland zwangsläufig an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, sonst zerbricht die Währungsunion, ein unlösbarer Widerspruch. Deutschland ist daher kein Motor, sondern ein Bremsklotz für die Krisenbewältigung. Anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse könnten auch unabhängig von der Eurokrise kein tragfähiges Geschäftsmodell sein, weil sie ja stets ein Defizit in der Leistungsbilanz und damit Verschuldung im Rest der Welt voraussetzen, was irgendwann zu Gegenreaktionen bei den Wechselkursen oder der Schuldenbegleichung führen muss. Gleichzeitig hängen die hohen Exportüberschüsse Deutschlands auch mit der Schwäche der inländischen Investitionen und dem geringen Produktivitätsfortschritt zusammen. „So, wie unsere Überschüsse zustande kommen, sind sie ein Ausweis struktureller Schwächen als irgendetwas anders“, meint Gersemann. Die deutsche Politik pflege gewissermaßen ein Geschäftsmodell, das einem selbst gewählten „downgrading“ gleichkomme. Das Problembewusstsein der deutschen Öffentlichkeit für all das sei jedoch noch immer zu sehr unterentwickelt. Doch Leistungsbilanzsalden sind kein Schicksal. Ein neues altes volkswirtschaftliches Geschäftsmodell, das anstatt auf Lohnverzicht und Exportüberschüsse auf höhere Produktivitätszuwächse und mehr Investitionen im Inland setze, sei möglich und nötig.

In Verbindung mit den Exportüberschüssen wird nach Gersemanns Auffassung auch eine andere Strukturschwäche der deutschen Volkswirtschaft zu wenig beachtet, nämlich ihre hohe und gestiegene Abhängigkeit von einigen wenigen Großkonzernen, insbesondere aus der Automobilindustrie. War die deutsche Unternehmenslandschaft früher wesentlich ausgewogener gestaltet, so hat es mittlerweile eine zumindest unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten bisher kaum thematisierte Unternehmenskonzentration gegeben. Allein auf den Kfz-Sektor entfällt 50% der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, zusammen mit dem Maschinenbau sind es 99%. Auf die großen drei Autokonzerne VW, Daimler und BMW entfallen ein Viertel der Gewinne, ein Drittel der Umsätze und die Hälfte der FuE-Aufwendungen aller DAX-Konzerne. Keine einzige andere Branche in Deutschland reicht an die Produktions- und Absatzerfolge der Autoindustrie heran, an denen zugleich viele Zulieferer (einschl. großer Unternehmen wie Bosch oder Continental)

partizipiert haben. Die Autoindustrie ist von den 8 größten deutschen Industriebranchen die einzige, sie seit 2000 positive Nettoinvestitionen in Deutschland verzeichnet. Auf sie entfällt fast ein Fünftel des industriellen Nettoanlagevermögens. Wehe, es geht der deutschen Autoindustrie einmal wieder schlecht! Krisen hat es bei allen Autokonzernen schon gegeben, unlängst war mit Opel nur keiner der großen Drei betroffen. Und da die Autobranche a. o. globalisiert ist, ist das Risiko von Verlagerungen der Produktion bei ihr auch besonders groß. Ökonomisch nüchtern betrachtet nennt man das, wie Gersemann feststellt, ein „Klumpenrisiko“

### Eine knappe kritische Würdigung

Gersemanns recht umfassende Bestandsaufnahme der Schwächen unserer Volkswirtschaft und sein unvoreingenommener Blick auf die Fakten sind beeindruckend, auch wenn Bestandteile seiner Analyse schon längst von anderen benannt und bekannt gemacht worden sind. Allerdings nicht unbedingt in und bei seinen üblichen Leserkreisen im „bürgerlichen“ Lager. Weniger unvoreingenommen erscheinen manche seiner ökonomischen Erklärungsmuster, weil er offensichtlich tief im angebotspolitischen Denken verhaftet ist und die Nachfrageseite bzw. darauf gerichtete Maßnahmen der Wirtschaftspolitik allenfalls partiell oder indirekt anspricht. (Wie er an einer Stelle bekennt, ist er ziemlich überzeugt von der Allgemeingültigkeit des Say'schen Theorems. Von Keynes redet er dagegen nirgends.) Um so beachtlicher sind vor diesem Hintergrund seine ausgesprochen tüchtigen diagnostischen Leistungen, bei denen er sich nicht hat blenden lassen, und sein Plädoyer für höhere Löhne, Produktivitätsorientierung, Anregung privater wie öffentlicher Investitionen sowie eine Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht. Das fordert hier kein SPD-Vertreter (oder gar ein Linker), sondern ein Springer-Journalist. Insoweit Respekt. Was bei ihm indessen ganz fehlt, ist ein Stück journalistische Selbstkritik bzw. der Hinweis auf die besondere (Mit-) Verantwortung der Medien, gerade seines Verlags, für das einseitige und verzerrte öffentliche Bild unserer Volkswirtschaft und ihrer Schwächen. Zudem verweist er lediglich auf - allerdings schwerwiegende - fachliche Fehltritte, wo mindestens ebenso spezifische Interessen und Ideologien eine wichtige Rolle gespielt haben und weiter spielen werden. Sein Schwerpunkt war hier ein anderer, nämlich der ungeschminkte Blick auf die

Fakten. Für mich als Leser, Staatsbürger und auch als Ökonom gleichwohl sehr aufschlussreich.